

Tödliche Vergiftung durch Zucchini

Heidenheim. Selbst gezogene Zucchini sind einem Hobbygärtner aus Heidenheim zum Verhängnis geworden. Der 79-Jährige hatte sich vor knapp zwei Wochen eine schwere Vergiftung zugezogen. Trotz intensiver Behandlung auf der Intensivstation des Klinikums Heidenheim konnte er nicht mehr gerettet werden, er starb an den Folgen der Vergiftung, wie gestern Norbert Pfeuffer, Leiter der Zentralen Notaufnahme, bestätigte.

Vor knapp zwei Wochen waren der 79-Jährige und seine Frau mit den typischen Anzeichen einer Magen-Darm-Erkrankung aufgenommen worden. Seine Ehefrau konnte wenige Tage später entlassen werden, der Zustand des Mannes aber verschlechterte sich dramatisch. Durch die Befragung von Angehörigen des Ehepaars kamen die Ärzte der Ursache der Erkrankung auf die Spur: Das Paar hatte selbst angebaute Zucchini aus Nachbars Garten bekommen zu einem Eintopf verarbeitet und diesen verzehrt, obwohl das Essen auffallend bitter schmeckte. Der Mann nahm offenbar eine größere Menge zu sich.

Ursache der Vergiftung sind in Kürbisartigen Gewächsen enthaltenen Bitterstoffe, Cucurbitacine. Bei Kulturpflanzen ist diese giftige Substanz herausgezüchtet. Wenn aber altes Saatgut vom Vorjahr verwendet wird oder in der Nähe Zierkürbisse angebaut werden, kann es in seltenen Fällen zu giftigen Rückkreuzungen kommen. bm

Geld für Erhalt der Kriegsgräber

Karlsruhe. Gräber von Kriegsoffizieren müssen nach Ansicht von Innenminister Reinhold Gall (SPD) als Mahnmale erhalten bleiben. Das vergangene Jahr habe ganz im Gedenken an den Ersten Weltkrieg gestanden, teilte das Ministerium mit. Es liege an den Menschen, „die Gräber der Opfer des Ersten Weltkriegs als sichtbare Mahnmale für die kommenden Generationen zu erhalten“, betonte Gall bei einer Gedenkveranstaltung auf dem Hauptfriedhof in Karlsruhe.

Sein Ministerium habe eine Förderinitiative für die Instandsetzung der Gräber von Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft initiiert. Die starke Nachfrage zeige, dass sich viele Kommunen für den Erhalt von Kriegsgräbern engagierten. Gall überreichte dem Karlsruher Bürgermeister Wolfram Jäger (CDU) einen Bescheid über 114 000 Euro zur Instandsetzung von 484 Kriegsgräbern auf dem Hauptfriedhof. lsw

No Future

Was zieht junge Menschen zur AfD? Ein Grillabend mit der Nachwuchsorganisation

Junge Menschen, die Politik machen wollen – gut, aber muss es unbedingt die AfD sein? Deren Jugendorganisation im Land wächst. Die Mitglieder eint der Glaube, dass das heutige Deutschland keine Zukunft hat.

TIM KUMMERT

Stuttgart. Markus Frohnmaier steht an einem warmen Sommerabend an seinem Audi, zieht das Smartphone aus der Jacke, zeigt ein Foto: Er neben einer jungen Frau am See. Seine damalige Freundin, sieben Jahre waren sie zusammen. Dann trat Frohnmaier 2013 der AfD bei, hatte kaum noch Zeit, „das macht keine Frau auf Dauer mit“. Jetzt kann er sich ganz der Partei widmen. Der 24-Jährige ist Vorsitzender der Jungen Alternative (JA) in Deutschland und in Baden-Württemberg. Weit über 100 Mitglieder hat der Jugendverband im Land, Tendenz steigend.

Frohnmaier grölt keine Stammtischparolen. Doch seine Ansicht ist klar: Er glaubt, dass vieles gewaltig schief läuft in Deutschland: „Man könnte sagen, es ist fünf vor Zwölf, irgendwann trägt sich dieses System nicht mehr.“ So wie der Staat momentan funktioniert, müsse es früher oder später den Bach runtergehen, das ist eine Ansicht, die Frohnmaier mit seinen JA-Kollegen teilt. „No Future“, das war in den



Keine schnellen Lösungen im Gepäck: Ministerpräsident Winfried Kretschmann im Gespräch mit Flüchtlingen in Karlsruhe.

Foto: dpa

Bitte um Geduld

Kretschmann sieht bei Flüchtlingsunterbringung keine rasche Entlastung

Zum zweiten Mal binnen einer Woche hat Ministerpräsident Kretschmann eine Landeserstaufnahmestelle besucht. Seine Botschaft: Mit einem Abflauen der Flüchtlingszahlen ist nicht zu rechnen – im Gegenteil.

ROLAND MUSCHEL

Karlsruhe. Vor dem betonlastigen Gebäude im Karlsruher Stadtteil Grünwinkel, das einmal Rechenzentrum einer Bank war und nun Asylbewerber beherbergt, herrscht reger Betrieb. Es ist kurz nach 10 Uhr. Ein Bus fährt vor, neue Flüchtlinge aus Afrika, Syrien und dem Balkan steigen aus. Andere steigen ein.

Die einen kommen, um in der Außenstelle der Landeserstaufnahmestelle (Lea) Karlsruhe ihre Asylanträge zu stellen. Die anderen haben den Schritt hinter sich. Für sie geht es weiter, nach Bruchsal.

Einige Asylbewerber, die schon länger in Karlsruhe warten, tragen orangefarbene Westen am Leib und einen Besen in der Hand. Eifrig kehren sie den Vorplatz, einer spritzt ihn mit einem grünen Schlauch ab, Frauen putzen die Außenfenster. Es soll alles glänzen, wenn Winfried Kretschmann (Grüne) kommt, der Ministerpräsident des Landes, das stolz auf seine Kehrwoche ist – und indem sie nun Zuflucht suchen.

Es ist Kretschmanns zweiter Besuch in einer Lea binnen weniger Tage. Er will sich ein Bild machen. Er muss aber auch Präsenz zeigen. Der Zustrom der Flüchtlinge und die Probleme, sie unterzubringen, dominieren die Nachrichtenlage.

Beim Rundgang spricht er mit einem Paar aus Syrien, das seit Wochen auf die Bearbeitung der Asylanträge wartet. „Ich muss sie einfach um Geduld bitten“, sagt Kretschmann. Kurz darauf spricht er mit dem Koch. In der Kantine hängen Piktogramme mit Hühnchen und Essensangaben in sieben Sprachen. Der Koch sagt, für die Planbarkeit wäre es hilfreich, wenn er sich auf eine bestimmte Zahl an Lea-Bewohnern einstellen könne. „Das kann ich ihnen leider nicht versprechen“, erwidert Kretschmann.

Es wird keine rasche Entlastung geben: Das ist die Botschaft, die der Ministerpräsident im Gepäck hat – und eine neue Zahl. Bis zu 100 000 Flüchtlinge könnten 2015 nach Baden-Württemberg kommen. Bislang hatte das Land mit 56 000 gerechnet. „Wir stehen vor enormen Herausforderungen.“

Auf dem zweiten Flüchtlingsgipfel im Land Ende Juli hatte die Regierung zugesagt, die Zahl der Erstaufnahmepplätze bis Ende 2016 auf 20 000 zu verdoppeln. „Wahrscheinlich wird auch das nicht reichen“, sagt der Regierungschef nach dem Rundgang. „Der Plan ist: Wir neh-

men alles, was wir bekommen.“ Dabei setze man stark auf Kasernen.

Dann bedankt sich der Grünen-Politiker beim Karlsruher OB Frank Mentrup (SPD), dessen Stadt die „größte Last“ zu schultern habe. Rund 4800 Flüchtlinge teilen sich die offiziell 3600 Lea-Plätze in der Stadt, in einem für 600 Menschen ausgelegtem Zelt schlafen 1200. „Es geht uns darum, dass uns die Überbelegung nicht jede Konzeption kaputt macht“, sagt Mentrup. Angesichts der Lage vor Ort appelliert er an die Solidarität anderer Kommunen. Bis es neue Lea gebe, sollten andere Städte keine übertriebenen Standards definieren. „Im Notfall muss man auch Zelte aufstellen.“

Leerstand wird besichtigt

Hausbesitz Die Stadt Tübingen besichtigt leerstehende Wohnungen und Häuser für die Unterbringung von Flüchtlingen. Ein Dutzend Vermieter hätten sich bisher freiwillig bei der Stadt gemeldet und Wohnraum angeboten, sagte Oberbürgermeister Boris Palmer (Grüne). Er habe eine Gewerbehalle mit 1000 Quadratmetern besichtigt. Sie erschien ihm geeignet für eine längere Zwischennutzung. Heute werde er ein Haus mit 300 Quadratmetern begutachten. Palmer hatte Hausbesitzer aufgerufen, leerstehende Unterkünfte zur Verfügung zu stellen. Notfalls könne leerstehenden Wohnraum beschlagnahmt werden. lsw

Kretschmann wendet sich mit Forderungen an den Bund. Der müsse für schnellere Asylverfahren sorgen, das sei der „Dreh- und Angelpunkt“, Themen wie Taschengeld nur „nachgelagerte Probleme“. Erstmals distanziert er sich in der Öffentlichkeit unmissverständlich von der Forderung der Unionsparteien, weitere Balkanstaaten zu sicheren Herkunftsländern zu erklären, um so die Zahl der – in der Regel aussichtslosen – Asylanträge aus diesen Ländern zu verringern. Das habe im Falle von Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina „erstmal keine signifikante Wirkung erzielt“, sagt der Ministerpräsident.

Damit gibt er den Ton eines Positionspapiers wieder, auf das sich die Spitzen-Grünen in den neun Ländern geeinigt haben, in denen sie mitregieren. „Es wäre Symbolpolitik, weitere Länder zu sicheren Herkunftsländern erklären zu wollen“, heißt es dort. Die gemeinsame Erklärung ist so etwas wie ein öffentlicher Schulterschluss – und der Versuch, alte Gräben nicht erneut aufzureißen. Dass Kretschmann im Herbst 2014 der Qualifizierung dreier Balkanstaaten im Bundesrat als „sicher“ zugestimmt hatte, hatte seine Partei aufgewühlt. Sieben Monate vor der Landtagswahl soll sich der Streit nicht wiederholen.

Nicht nur vor der Lea Karlsruhe, auch bei den Grünen wird eifrig am Erscheinungsbild gearbeitet.

Meuterei: Anklage wegen Mordversuchs

Prozess um Randalen im Jugendknast

Die Meuterei im Jugendknast in Adelsheim kommt vor Gericht. Angeklagt ist ein 21-Jähriger – wegen versuchten Mordes an einem Vollzugsbeamten.

HANS GEORG FRANK

Mosbach. Vor einer Jugendkammer des Landgerichts Mosbach muss sich ab 28. August ein 21-Jähriger verantworten, weil er bei einer Massenschlägerei in der Justizvollzugsanstalt Adelsheim am 20. August 2014 besonders brutal vorgegangen sein soll. Die Anklage der Staatsanwaltschaft listet versuchten Mord, Gefangenenneuterei und gefährliche Körperverletzung als Vorwürfe auf. Für den Prozess sind bis 8. Oktober fünf Verhandlungstage anberaumt, zehn Zeugen sollen gehört werden.

Bei der Schlägerei habe „die Machtfrage zwischen zwei rivalisierenden Gruppen unter den Gefangenen“ geklärt werden sollen, teilte das Landgericht mit. Zunächst mit Worten, dann mit Schlägen habe die Auseinandersetzung am Ende des Hofgangs den offenbar so beabsichtigten Verlauf genommen. Mindestens 17 Häftlinge hätten sich beteiligt, sieben Vollzugsbeamte wollten die Hände unterbinden.

Der 21-jährige Türke sei der Anführer eines der verfeindeten Lager

Beirat: Mängel an Tübinger Schule längst behoben

Stuttgart/Tübingen. Weiter Wirbel um ein wissenschaftliches Gutachten: Der Landesschulbeirat äußerte sich gestern „bestürzt über die Darstellung der Gemeinschaftsschule in der Presse“. Der interne Zwischenbericht, um den es geht, sei vom November 2014 – und es gehe nur um 2 von 24 Klassen der Tübinger Schule, teilte Ingeborg Schöffel-Tschinke, Vorsitzende des Beirats, mit. Unterschlagen werde, dass die Schule inzwischen auf Mängel reagiert und Verbesserungen vorgenommen habe. Genau dazu sei der wissenschaftliche Zwischenbericht auch gedacht gewesen.

„Von einem Zwischenbericht zu zwei Schulklassen von einer Schule ausgehend, eine ganze Schultat in Frage zu stellen, ist eine Diffamierung“, sagte Schöffel-Tschinke. Sie sei überzeugt, dass sich das Schulsystem weiterentwickeln müsse. „Dafür benötigen die Schulen auch wissenschaftliche Begleitung, die auf notwendige Korrekturen hinweist.“ Die Schule müsse dann in Ruhe reagieren können. „Deshalb war dieser Zwischenbericht nicht für die Öffentlichkeit bestimmt“, so Schöffel-Tschinke.

Im Bericht soll das individuelle Lernen an der Geschwister-Scholl-Schule als ineffektiv bewertet werden. Lehrern fehle der Überblick über den Leistungsstand der Schüler und Bewertungen der Schüler sollen fragwürdig sein. CDU und Philologenverband forderten eine Korrektur des Konzepts. lsw/eb

Sommerbobbahn wieder geöffnet

Gutach. Drei Tage nach einem Unfall auf einer Sommerodelbahn in Gutach (Ortenaukreis) darf die Bahn wieder öffnen. Die Ermittlungen dauerten aber noch an, teilte die Staatsanwaltschaft mit. Schon am Montag hatten Hersteller und Betreiber mitgeteilt, aus Sicht des Gutachters spreche nichts gegen eine Öffnung. Da blieb die Bahn allerdings noch geschlossen. Es müsse „lückenlos“ nachvollzogen werden, wie es zu dem Unfall kommen konnte.

Beim Sturz aus einer Sommerodelbahn am Samstagabend hatte sich eine 34-jährige Frau schwer verletzt. Sie war mit ihrer neunjährigen Tochter auf einem Schlitten unterwegs, das Kind konnte bei der Ankunft an der Talstation der Bahn aber nur das Verschwinden der Mutter melden. Die 1150 Meter lange Sommerodelbahn war auf richterliche Anweisung hin bis auf weiteres geschlossen worden. lsw



AfD-Nachwuchs vor dem Stuttgarter Schloss: Markus Frohnmaier, Anastasia Koren und Moritz Brodbeck (von links). Foto: Tim Kummert